Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW)

Charlottenstr. 25 70182 Stuttgart

Tel: +49 (0) 711 24837-202

www.laka-bw.de

LAKA Baden-Württemberg

Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) setzt sich für Vor-Ort-Impfungen ein

Stuttgart, 03. Juni 2021

Der Landesverband der kommunalen Migrationsbeiräte Baden-Württemberg (LAKA) appelliert an die Landesregierung, die Impfkampagne gegen das Corona-Virus in Baden-Württemberg gezielt auszubauen. "Gerade Vor-Ort-Impfungen in sozial prekären Stadtteilen haben sich in den vergangenen Tagen als äußerst effektiv und stark nachgefragt erwiesen", sagt Kerim Arpad, stellvertretender Vorsitzender des LAKA. Dabei sei es wichtig, schon jetzt über die bisher auf Ende Juni beschränkte Laufzeit der Impfzentren und damit auch der mobilen Impfteams hinauszudenken. "Der Einsatz der mobilen Impfteams und die dezentralen Impfungen müssen auch in den kommenden Monaten fortgesetzt werden, damit möglichst viele Menschen eine Impfung erhalten", betont Kerim Arpad. Der LAKA ruft deswegen die Landesregierung und die Kommunen auf, bereits jetzt Vorkehrungen zu treffen, damit die dezentralen Impfungen auch in den Sommermonaten fortgesetzt und ausgebaut werden können.

Hintergrundinformationen:

Der Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA BW) als parteiübergreifender, überethnischer und überkonfessioneller Verband vertritt die kommunalen Migrantenvertretungen in Baden-Württemberg. Der LAKA ist legitimierter Ansprechpartner der Landesregierung (PartIntG BW § 10) und des Landtages, aller relevanten Organisationen auf Landesebene, vergleichbarer Migrantengremien in anderen Bundesländern und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI).

Er setzt sich seit seiner Gründung 1998 auf politischer Ebene für die konstruktive Zusammenarbeit und Verständigung zwischen baden-württembergischen Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft ein. Wichtige Forderungen des LAKA sind das kommunale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs sowie die Einführung des herkunftssprachlichen Unterrichtes unter staatlicher Aufsicht an den Schulen in Baden-Württemberg.